



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 11 - Plenarwoche 10.-13. März 2003

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



I. Allgemeine Informationen - Delegationen und Missionen

Das Europäische Parlament (EP) hat über seine **Delegationen** umfassende Beziehungen zu fast allen Ländern außerhalb der EU entwickelt. Die Aufgaben der Delegationen sind vielfältig. Sie dienen dem kontinuierlichen Dialog und der Schaffung eines Netzwerkes von Beziehungen auf parlamentarischer Ebene. Es geht vor allem um den Informationsaustausch über den Stand der Beziehungen mit der EU. Das EP verleiht den Außenbeziehungen der EU damit eine parlamentarische Perspektive. Die Delegationen treffen sich in der Regel zweimal im Jahr. Hans-Peter Mayer ist Mitglied in den Delegationen „Afrika-Karibik-Pazifik“ (AKP) und "Südosteuropa" (dem früheren Jugoslawien). **Missionen** sind z.B. Wahlbeobachtungsmissionen. So war Hans-Peter Mayer im Herbst 2002 bei den Parlamentswahlen in der ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien als Wahlbeobachter unterwegs. Diese Mission wurde von der EU zusammen mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der NATO durchgeführt. Vor Ort wird geprüft, ob der Wahlverlauf den demokratischen Gepflogenheiten entspricht. Ein Wahlbeobachter entscheidet nicht über die Gültigkeit der Wahl. Er beobachtet und erstattet Bericht. Durch seine Präsenz wird häufig der ordnungsgemäße Verlauf der Wahl sichergestellt. Zum Abschluß einer Wahlbeobachtungsmission werden die Beobachtungen der einzelnen Wahlbeobachter in einem Gesamtbericht zusammengefaßt. Das abschließende Urteil, ob eine Wahl frei und fair war, hat je nach Land eine große politische Bedeutung.

II. Das Europäische Parlament (EP) hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Europäisches Parlament will Verbraucherschutz stärken

Die Europaabgeordneten forderten von der Kommission konkrete Maßnahmen im Rahmen einer neuen verbraucherpolitischen Strategie. Vorrangig sollen u.a. folgende Bereiche behandelt werden: Sicherheit von Dienstleistungen, Vorschlag für eine Brandschutzrichtlinie, Verbesserung der EU-Timesharing-Richtlinie, Förderung des elektronischen Geschäftsverkehrs. Die Abgeordneten begrüßten die Überlegung der Kommission, eine Rahmenrichtlinie für Verbraucherschutz zu erarbeiten, in der Grundsätzliches festgelegt werden soll, wie etwa die Definition von "unlautere Geschäftspraktiken". Bisher wird **Grundsätzliches** in vielen Einzelgesetzen geregelt, was zur Zersplitterung und somit zu Rechtsunsicherheit führt. Uneinheitlich wird die wichtige Frage beurteilt, ob die weitere Harmonisierung der Gesetze auf Maximalniveau oder auf Minimalniveau vorgenommen werden soll. Bei Minimalniveau können die Mitgliedstaaten europäische Vorgaben verschärfen. Hans-Peter Mayer: "Das geschieht in Deutschland vor allem im Bereich der Landwirtschaft und Umwelt und führt dazu, daß bei manchen Produkten deutsche Landwirte gegenüber Landwirten in anderen europäischen Ländern wesentlich benachteiligt werden."

2. Übertragbare Betriebsrenten - Pensionsfondsrichtlinie

Die Abgeordneten beschlossen europaweite Mindeststandards für betriebliche Altersversorgungseinrichtungen. Ziel ist die Schaffung gleicher Ausgangsbedingungen im europäischen Binnenmarkt. Mit einem geschätzten Vermögen von rund 2 **Bio.** Euro nehmen die Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge eine Schlüsselrolle bei der Finanzierung der europäischen Wirtschaft und dem Funktionieren des europaweiten Kapitalmarkts ein. Gleichzeitig bedeutet diese Richtlinie eine Visitenkarte für das europäische Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft. Das EP stellte klar, daß das Leitbild jeder Altersversorgung die **lebenslange Rentenzahlung** zur finanziellen Absicherung im Alter sein muß. Zeitlich begrenzte oder einmalige Zahlung dürfen nicht gleichrangig behandelt werden. Zudem wird die Übertragbarkeit der erworbenen Ansprüche in das System eines anderen EU-Mitgliedstaates ermöglicht.

3. Sichere Liberalisierung des Marktzugangs für Hafendienste

Die Liberalisierung von Hafendienstleistungen in der EU wird vom EP befürwortet. Zukünftig sollen nur noch **befristete Lizenzen** für das Schleppen, Festmachen und Löschen der Schiffe erteilt werden, wenn der Hafen ein bestimmtes Seeverkehrsaufkommen aufweist. Qualitäts- und Sicherheitsaspekte müssen dabei beachtet werden. Lotsendienste sollen daher unangetastet bleiben. Zur Vermeidung von Sozialdumping soll die Selbstabfertigung nur durch Bordpersonal vorgenommen werden dürfen. Gleichzeitig verlangten die Europaabgeordneten klare Vorschriften für die Höhe der Ausgleichszahlungen bei einem Betreiberwechsel.

4. Programm gegen illegale Internet-Inhalte

Das EP hat neue Maßnahmen zur Bekämpfung schädlicher und illegaler Internetseiten angenommen. Ziel ist es, ein sicheres Umfeld insbesondere durch die freiwillige Selbstkontrolle der Industrie zu schaffen, die Entwicklung von Filter- und Bewertungssystemen zu fördern und die Sensibilisierung insbesondere der Jugend zu erreichen. Die Europaabgeordneten stellten in allen Bereichen erhebliche Defizite fest. So liege bis heute keine Bewertung der verschiedenen Selbstkontrollkonzepte der Industrie vor. Auch in bezug auf den Einsatz und die Tauglichkeit von Filtersystemen gebe es kein koordiniertes Vorgehen der Kommission. Zustimmung fand die Ausweitung des Programms auf neue Technologien wie Mobildienste oder Online-Spiele.

5. Bilanzen und Handelsregister elektronisch abrufbar

Die Offenlegungspflichten beschränkt haftender Gesellschaften werden an das Computerzeitalter angepaßt. Ab 1.1.2007 können Gesellschaften alle Unterlagen bei den Handelsregistern wahlweise auch in elektronischer Form einreichen, weshalb das Handelsregister entsprechend umzuwandeln ist. Damit erhält der Rechts- und Wirtschaftsverkehr die Möglichkeit, sich in einfacher und kostengünstiger Weise über die verschiedenen Marktakteure zu informieren.

6. Weitere Themen waren unter anderem:

- **EU-Militärmission in Mazedonien**
- **Reform der Abstimmungsregeln der Europäischen Zentralbank**
- **Zugang zu historischen EU-Archiven**

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter: www.europarl.eu.int/gui-de/search/docsearch_de.htm oder www.europarl.eu.int/plenary/default_de.htm. Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://europa.eu.int/eur-lex/de/index.html>.
